Basler Zeitung Nr. 280, 1. Dezember 2003

Wieviel Wachstum verträgt die Schweiz?

von Oliver Landmann

Wirtschaftspolitiker aller Schattierungen sind sich einig: Die Schweizer Wirtschaft hat ein Wachstumsproblem. Die seit 2001 anhaltende konjunkturelle Flaute, die im laufenden Jahr mit einer absoluten Schrumpfung der Produktion ihren Tiefpunkt durchschritten haben dürfte, lässt sich noch mit der weltweiten Rezession erklären, der sich die Schweiz als stark exportabhängige Volkswirtschaft nicht entziehen konnte. Aber das Problem liegt tiefer. Wie die Grafik zeigt, ist die Schweiz im Durchschnitt der letzten 20 Jahre langsamer gewachsen als alle anderen Industrieländer. Unterschiede von 1%-1,5% pro Jahr im Vergleich zu den meisten Ländern mögen optisch nicht nach viel aussehen, aber kumuliert über 20 Jahre sind dies Welten.

Zugegeben: Die Situation ist nicht so trostlos, wie die Grafik suggeriert. Das absolute Realeinkommensniveau der Schweiz ist pro Kopf der Bevölkerung immer noch eines der höchsten Europas, übertroffen nur von Luxemburg und Norwegen. Der schweizerische Arbeitsmarkt funktioniert vergleichsweise sehr gut. Zudem berücksichtigen die Zahlen in unserer Grafik weder die Erträge aus Auslandsinvestitionen, die im Falle der Schweiz besonders hoch sind, noch die relative Verbilligung der Einfuhrgüter, die im Trend die reale Kaufkraft der Schweizer erhöht hat.

Trotzdem steht ausser Frage, dass die Dynamik der Schweizer Wirtschaft steigerungsfähig ist. Wohlstand muss nicht gleichbedeutend mit Stillstand sein. Die Amerikaner machen’s vor. Es ist auch kein grosses Geheimnis, wo eine wirksame Wachstumspolitik den Hebel ansetzen müsste. So hat das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) des Volkswirtschaftsdepartements vor etwa einem Jahr in einem umfangreichen “Wachstumsbericht” die Hausaufgaben aufgelistet, die zu machen wären, wenn das Wachstum wieder an Fahrt gewinnen soll (online zugänglich unter www.seco-admin.ch). Der Katalog umfasst zumeist altbekannte, aber deswegen nicht weniger dringende Forderungen wie die konsequente Durchsetzung des Wettbewerbs auf dem Binnenmarkt und die kompromisslose Öffnung der Wirtschaft nach aussen - beides probate Mittel gegen die Hochpreisinsel Schweiz -, Verbesserungen im Bildungswesen und die Erleichterung zukunftsweisender Innovationen, um nur die wichtigsten Punkte zu nennen.

So allgemein und abstrakt formuliert, stossen derartige Forderungen auch kaum auf Widerspruch. Zu harzen beginnt es erst, wenn es an die konkrete Umsetzung geht. Denn das Wachstum zu beschleunigen heisst auch marktgesteuerten Strukturwandel zu akzeptieren und zu erleichtern. Der Strukturwandel kann aber punktuell mit schmerzhaften Nebenwirkungen verbunden sein. Und wo solche Nebenwirkungen aufzutreten drohen, mobilisiert der politische Prozess Kräfte, die den Strukturwandel blockieren oder zumindest verlangsamen. In den zurückliegenden Parlamentswahlen haben die von der Rezession verunsicherten Stimmbürger diese Kräfte gestärkt - und zwar an beiden Enden des politischen Spektrums.

Die gestärkte Rechte gibt sich gerne marktwirtschaftlich-neoliberal, solange es um Dinge wie Steuerbelastung und ähnliches geht; aber die Liberalität ist schon wieder zu Ende, wenn’s um die Öffnung nach aussen geht oder um das Aufbrechen verkrusteter Strukturen, die den gewerblichen und ländlichen Stammwählern am Herzen liegen. Die gestärkte Linke bekennt sich zwar leidenschaftlich zur Öffnung der Schweiz, aber auch nur solange damit keine wirklichen

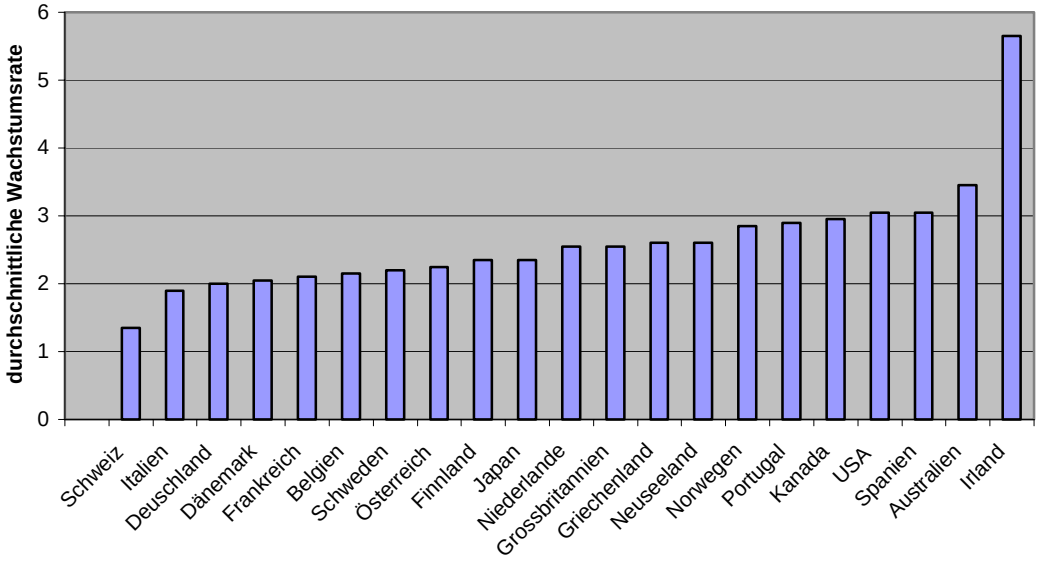
Anpassungslasten (vor allem auf dem Arbeitsmarkt) verbunden sind. Fast jeder Versuch, produktivitätsschwachen staatlichen oder para-staatlichen Betrieben frischen marktwirtschaftlichen Wind um die Ohren wehen zu lassen, sieht sich dem K.O.-Argument des gefährdeten "Service public" gegenüber. Selbst ein so bescheidenes Signal zugunsten der Entkrustung des Binnensektors, wie es das Elektrizitätsmarktgesetz gewesen wäre, ist den Einwänden linker wie rechter Bedenkenträger zum Opfer gefallen.

Wenn es mit der Stärkung der politischen Ränder schwieriger geworden ist, in der Schweiz etwas zu bewegen, überholte Strukturen in Frage zu stellen und eine Aufbruchstimmung zu schaffen, dann deshalb, weil es die Wähler so gewollt haben. Denn es waren die beiden Ränder, die sich - mit unterschiedlichen Akzenten - am klarsten als Stützen eines strukturkonservativen Konsenses profiliert hatten. Was aus den beiden Ecken an Ideen zur Stärkung des Wirtschaftswachstums kommt, verspricht gerne nach allen Seiten Wohltaten, trifft den Kern des Problems aber nur bedingt oder gar nicht (Steuersenkungen hüben, Stärkung der Binnennachfrage drüben).

Die jüngsten Verschiebungen im politischen Kräftefeld der Schweiz zeigen somit, dass die Bevölkerungsmehrheit ein echtes wachstumspolitisches Fitnessprogramm gar nicht wünscht, oder wenn, dann nur in minimaler Dosierung. Es ist wie bei der persönlichen Fitness: Sie ist zwar im Prinzip erstrebenswert; sobald es aber darum geht, die dafür erforderlichen schweisstreibenden Aktivitäten in Angriff zu nehmen und durchzuhalten, ist es schnell wieder vorbei mit den guten Absichten. Wenn es die Schweiz vorzieht, sich auf ihrem aktuellen Platz in der Wachstumsrangliste gemütlich einzurichten, ist dies zu akzeptieren. Ebenfalls zu akzeptieren ist dann aber auch, dass Löhne, AHV-Renten und Pensionen in Zukunft nicht dem entsprechen können, was man sich unter rosigeren Wachstumsszenarien erhofft hatte.

Oliver Landmann ist ordentlicher Professor für theoretische Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg i.Br. (oliver.landmann@vwl.uni-freiburg.de)

Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts seit 1985



Quelle: IMF, World Economic Outlook, September 2003